



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 07.06.2018

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 12. Juni 2018, um 17:30 Uhr,
Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken, Ludwig-Erhard-Straße 100,
Bildungszentrum, Lehrsaal 2/3 (EG)

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Neubau der HELIOS HSK
2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 24.4.2018 und 9.5.2018

3. 18-F-20-0004

Elterntaxis entgegenwirken

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 5.6.2018 -

Der von den Eltern gut gemeinte morgendliche Transport ihrer Kinder mit dem Auto, bis vor den Eingang der Schule ist laut ADAC gefährlicher, als die Kinder selbst zur Schule gehen zu lassen. So gefährden laut einer vom ADAC zitierten Studie der Bergischen Universität Wuppertal in vielen Fällen Eltern durch regelwidriges Anhalten oder riskante Wendemanöver die Sicherheit

anderer Schulkinder und Verkehrsteilnehmer teilweise massiv. Zudem gehe durch regelmäßige Hol- und Bringdienste die selbstständige Mobilität von Schulkindern verloren.

Durch Anschauung der morgendlichen Bringverkehre vor den Grundschulen in Wiesbaden bestätigt sich auch subjektiv vielfach das zitierte Ergebnis der Studie.

Mit verschiedenen Aktivitäten wird überall in der Bundesrepublik versucht, das Problem der Elterntaxis in den Griff zu bekommen.

So werden beispielsweise in Hannover versuchsweise morgens die Zufahrtsstraßen zu den Grundschulen abgesperrt und kontrolliert, so dass die Kinder nicht direkt vor die Schule gefahren werden können oder in Hamburg Bannmeilen für den Autobringverkehr rund um Grundschulen eingerichtet; der ADAC schlägt besondere Elterntaxihaltstellen vor, um die Risiken für die Schulkinder zu verringern.

Der Ausschuss wolle beschließen:

- 1) Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie er die Problematik der Elterntaxis einschätzt.
- 2) Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob bereits Gegenstrategien entwickelt wurden.
- 3) Sollte dies der Fall sein zu berichten, ob die Einrichtung von Elterntaxihaltstellen oder die Sperrung von Zufahrtsstraßen nach dem Modell Hannover als geeignete Maßnahmen betrachtet werden.
- 4) Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob eine dieser vorgeschlagenen Maßnahmen probeweise an einer Wiesbadener Schule eingeführt werden könnte.

4. 18-F-21-0047

Auslastung Buslinien

- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 6.6.2018 -

Der Magistrat wird gebeten,

über ESWE-Verkehr die jeweilige Auslastung der meistgenutzten Buslinien in Wiesbaden darzustellen, auch im Hinblick auf den Tagesverlauf bzw. unter Angabe der besonders stark frequentierten Zeitfenster.

5. 18-F-10-0009

Zukunft des Bundeskriminalamts in Wiesbaden
- Antrag der AfD Stadtverordnetenfraktion vom 5.6.2018 -

Das Bundeskriminalamt (BKA) beschäftigt an seinem Hauptsitz in der Landeshauptstadt Wiesbaden rund 3.400 Mitarbeiter. Zusammen mit den Familien der Mitarbeiter und den örtlichen Zulieferbetrieben stellt das BKA einen bedeutenden und über die Jahre stets gewachsenen Wirtschaftsfaktor in Wiesbaden dar.

Aufgrund veränderter Bedrohungsszenarien, vor allem durch den internationalen Terrorismus, wird die Mitarbeiterzahl des BKA auch in Wiesbaden weiter steigen.

Derzeit ist das BKA in Wiesbaden auf sieben Liegenschaften verteilt, die zusammengelegt werden sollen. Aufgrund seiner erhöhten Mitarbeiterzahl und um seinen geänderten und erweiterten Aufgaben gerecht zu werden, sucht die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) für das BKA in der Landeshauptstadt Wiesbaden nach einem Bauplatz und steht hierzu mit der Verwaltung der Landeshauptstadt Wiesbaden bereits seit Anfang 2017 in Kontakt. Sollten in Wiesbaden keine adäquaten Erweiterungsmöglichkeiten gefunden werden, wäre ein Komplettumzug des Hauptsitzes in benachbarte hessische Kommunen oder nach Rheinland-Pfalz wahrscheinlich.

Antrag:

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr wolle beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

1. ob und wann der Magistrat mit Vertretern des BKA bzw. mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) über einen neuen Standort/Bauplatz geführt hat.
2. wie der aktuelle Stand der Verhandlungen ist.
3. welche Standorte/Bauplätze der Magistrat dem BKA bzw. der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) im Stadtgebiet Wiesbaden angeboten oder in Aussicht gestellt hat.
4. falls das Neubaugebiet Ostfeld/Kalkofen zu den in Aussicht gestellten Standorten gehört, ob dieses in Anbetracht der Einflugschneisen des Flughafens Erbenheim baurechtlich für die Errichtung eines BKA-Sitzes mit mehr als 2 Geschossen geeignet und zugelassen ist.
5. ob es seitens des BKA bzw. der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) bereits Terminvorgaben gibt, bis zu denen die Landeshauptstadt Wiesbaden geeignete Standortvorschläge für die Errichtung von Neubauten oder die Nutzung bestehender Gebäude vorlegen soll, um eine Standortentscheidung für Wiesbaden durch das BKA zu ermöglichen.
6. welche Nutzung der Magistrat für die frei werdenden Liegenschaften nach dem Auszug des BKA aus den bisher genutzten Gebäuden plant.

6. 18-F-05-0027

Neue Mobilität für Wiesbaden - On-Demand Rideshare Service als Angebotsergänzung
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 4.6.2018 -

Andere Städte wie zum Beispiel München wollen die Einführung von dynamischen On-Demand Rideshare Services, um den ÖPNV um smarte, bedarfsgerechte Angebote zu erweitern. Dabei nutzt der Kunde sein Smartphone, um über eine App eine Fahrt zu buchen. In dem in München vorgesehenen Versuchsprojekt „MVG IsarTiger“ entfallen Linienwege und Fahrpläne, da die genaue Fahrroute ein Algorithmus unter Berücksichtigung von Buchungen weiterer Kunden festlegt, so dass sich die Kunden Fahrten teilen und die Fahrzeuge optimal ausgelastet werden.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten - unter Einbeziehung der Erfahrungen aus München - zu prüfen,

1. wie ein (nach Möglichkeit emissionsfreier und App-gesteuerter) On-Demand Rideshare Service in das ÖPNV-Angebot der Landeshauptstadt integriert werden kann,
2. in welchem Rahmen Synergien mit der „meinRad“-App oder anderen städtischen Apps genutzt werden können und
3. welche Kooperationsmöglichkeiten dabei mit lokalen Taxiunternehmen bestehen.

7. 18-F-08-0034

City-Bahn
- Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion vom 6.6.2018 -

Als Spurbreite der geplanten Stadtbahnstrecke ist die Meterspur (= 1000 mm) der Mainzer Straßenbahn vorgesehen. Die Spurbreite der zu reaktivierenden Aartalstrecke ist aber die Normalspur (= 1435 mm). Um den Betrieb der Museumsbahnzüge der Nassauischen Touristikbahn sowie perspektivisch auch anderer Züge in Zukunft gewährleisten zu können, ist ein Dreischienengleis erforderlich.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr wolle deshalb beschließen:

Beim Bau der City-Bahn durch Wiesbaden in Richtung Bad Schwalbach wird auf den Abschnitten, die über die bestehende Trasse der Aartalbahn verlaufen, ein Dreischienengleis verlegt. Damit besteht die Option, dass künftig Züge verschiedener Spurbreiten wieder die Aartalbahn befahren können.

8. 18-V-61-0006

DL 26/18-10

Bebauungsplan "Carl-von-Ossietzky-Schule" im Ortsbezirk Klarenthal - Satzungsbeschluss -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 12.6.2018 -

- 9. 18-V-61-0010** **DL 26/18-11, 23/18-5**
Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Nahversorgungsstandort Am Gückelsberg" im Ortsbezirk Kostheim - Änderungsbeschluss -
- 10. 18-V-61-0011** **DL 26/18-12, 24/18-2 NÖ, 23/18-6**
Bebauungsplan "Nahversorgungsstandort Am Gückelsberg" im Ortsbezirk Kostheim - Aufstellungsbeschluss -
- 11. 18-V-61-0013** **DL 17/18-4**
Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Feuer- und Rettungswache III" im Ortsbezirk Igstadt - Feststellungsbeschluss -
- 12. 18-V-61-0014** **DL 17/18-5**
Bebauungsplan "Feuer- und Rettungswache III" im Ortsbezirk Igstadt - Satzungsbeschluss -
- 13. 18-V-61-0016** **DL 26/18-13, 18/18-1**
Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Nördlich der Ernst-Galonske-Straße" im Ortsbezirk Mainz-Kastel
- Entwurfsbeschluss -
- 14. 18-V-61-0017** **DL 26/18-14, 18/18-2**
Bebauungsplan "Nördlich der Ernst-Galonske-Straße" im Ortsbezirk Mainz-Kastel
- Entwurfsbeschluss -
- 15. 18-V-61-0018** **DL 26/18-15, 18/18-3**
Bebauungsplan "Boelckestraße Bereich nördlich des Otto-Suhr-Rings" im Ortsbezirk Mainz-Kastel - Entwurfsbeschluss -
- 16. 18-V-61-0019** **DL 26/18-16, 24/18-3 NÖ, 23/18-7**
Wohnbauflächenentwicklung Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "LindeQuartier" im Ortsbezirk Kostheim - Entwurfsbeschluss -

17. 18-V-61-0021

DL 26/18-17, 24/18-4 NÖ, 23/18-8

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Quartier Kureck -1. Änderung" im Ortsbezirk Nordost - Satzungsbeschluss

- *Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 12.6.2018* -

18. 18-F-08-0018

ANLAGE

Gute Wohnungen zu guten Preisen - eine Zukunftsaufgabe!

- *Antrag der Fraktion L&P vom 07.03.2018* -

- *Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 03.05.2018* -

19. Sachstand Dieselfahrverbot

20. 18-F-10-0008

Nachrüstung von Dieselnissen mit Schadstofffiltern

- *Antrag der AfD Stadtverordnetenfraktion vom 5.6.2018* -

Die geplante Umstellung der städtischen Busflotte auf Elektrobusse ist teuer, langwierig und mit vielen Kinderkrankheiten belastet, die eine unausgereifte Technologie mit sich bringt.

Erfahrungen in anderen Städten zeigen, dass Testfahrzeuge sich als unzuverlässig erwiesen haben und teilweise wieder ausgemustert werden mussten. Mangelnde Reichweite, eine hohe Ausfallquote und die dadurch notwendige Vorhaltung zusätzlicher herkömmlicher Dieselnisse macht die Umrüstung auf E-Mobilität zum jetzigen Zeitpunkt unattraktiv.

Hinzu kommt, dass gar nicht genügend Öko-Strom zur Verfügung steht, um die Busse aufzuladen. Der Schadstoffausstoß wird also nur von der Straße zum Kraftwerk verlagert.

Verschiedene Städte experimentieren mit verschiedenen Systemen und Konzepten. Die Hersteller konkurrieren mit verschiedenen technischen Varianten. Welches Konzept sich schlussendlich durchsetzen wird, ist völlig offen. Die Systeme sind untereinander meist nicht kompatibel. Die Entscheidung für eine bestimmte Technologie kann sich später als folgenschwerer Fehlgriff erweisen, der dann nur noch mit enormem Kostenaufwand zu korrigieren ist.

Es gibt also gute Gründe, die Entwicklung erst einmal abzuwarten und nicht um jeden Preis eine Vorreiterrolle einzunehmen. In ein paar Jahren wird man klarer sehen, welche Technologie sich am Markt durchsetzt und diese wird dann zuverlässiger sein und aufgrund höherer Fertigungszahlen auch deutlich günstiger zu erwerben.

Um die Stickoxidwerte dennoch zu senken, gibt es eine weitaus kostengünstigere Alternative. In Paderborn wurden 30 städtische Busse mit Filtern zur Reduzierung von Partikeln und Stickoxiden nachgerüstet und stoßen seitdem fast keine Schadstoffe mehr aus. Presseberichten zufolge nur 0,1 Gramm Stickoxid pro Kilometer. Die Umrüstung kostet pro Bus etwa 20.000 Euro und ist in wenigen Wochen zu bewerkstelligen. Der Dieselnisseverbrauch soll nach den Erfahrungen in Paderborn nach der Umrüstung geringfügig um etwa ein Prozent steigen.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr wolle beschließen:

Der Magistrat möge prüfen,

1. ob eine Umrüstung der Bus-Flotte der Landeshauptstadt Wiesbaden mit der schadstoff-filternden Technologie, wie sie in Paderborn mit dem sogenannten PaderSprinter bereits im Einsatz ist, grundsätzlich möglich wäre.
2. was eine Umrüstung von 220 Dieselnissen mit der Paderborner Technologie kosten würde.
3. was im Vergleich dazu die Anschaffung von 220 E-Bussen unter Einbeziehung aller notwendigen Infrastruktur abzüglich der Zuschussungen durch Land und Bund kosten würden.
4. In welchem Zeitrahmen sich die Umrüstung von 220 Dieselnissen im Vergleich zur Anschaffung von E-Bussen realisieren ließe.

Der Magistrat wird beauftragt,

1. dem Ausschuss zeitnah über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.
2. die Dieselniss-Flotte der Landeshauptstadt Wiesbaden mit einer schadstoff-filternden Technologie nach dem Paderborner Vorbild ausrüsten zu lassen, falls sich diese bei der Prüfung als die kostengünstigere und schneller umzusetzende Maßnahme zur Schadstoffreduzierung erweist.

21. 18-F-05-0028

Parken für Anwohner nach Ladenschluss

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 4.6.2018 -

Auf Antrag der FDP-Fraktion hat der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr am 20.06.2017 beschlossen, dass der Magistrat berichten möge, wie viele nutzbare Parkplätze in den Stadtteilen der Wiesbadener Innenstadt zur Verfügung stehen, wie sich die Zahlen in den letzten fünf Jahren entwickelt haben und welche geeigneten Maßnahmen zur Entspannung der Parksituation vor allem in der Wiesbadener Innenstadt aktuell geplant werden und/oder angedacht sind. Wenngleich der Bericht immer noch aussteht, so belegt eine Studie des Strategischen Amtes für Stadtforschung und Statistik (vorgestellt im Mai 2017), dass 64 Prozent aller Befragten „Maßnahmen zur Entspannung der Parksituation in den Wohngebieten der Innenstadt“ für vordringlich halten. In anderen Städten wurde bereits über Möglichkeiten nachgedacht, private Parkplätze - vornehmlich von Einkaufsmärkten etc. - für Anwohner nutzbar zu machen. Da Kommunen auf Privatgrund keine Parkanordnung treffen können, sind dafür jedoch intensive Verhandlungen und privatwirtschaftliche Vereinbarungen nötig.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. im Stadtgebiet Parkflächen von Einkaufsmärkten zu lokalisieren, die sich für eine Nutzung von Anwohnern außerhalb der Öffnungszeiten anbieten würden,
2. im Gespräch mit den Eigentümern (und ggf. in Kooperation mit den maßgeblichen Interessensvertretungen wie z.B. dem Handelsverband Deutschland e. V. [HDE]) nach

- Möglichkeiten zu suchen, diese Parkfläche außerhalb der Öffnungszeiten Anwohnern zur Verfügung zu stellen und
3. dem Ausschuss über die Ergebnisse der Gespräche zu berichten und im Erfolgsfall ein Konzept zur Umsetzung vorzulegen.

22. Verschiedenes

Tagesordnung II

- | | | |
|----|---|---------------------|
| 1. | 17-F-05-0027 | ANLAGE |
| | Klarheit und Wahrheit bei der Citybahn schaffen
<i>- Bericht des Dezernates V vom 27.04.2018 -</i> | |
| 2. | 18-F-05-0013 | ANLAGE |
| | Sachstand Fiskaltaxameter
<i>- Bericht des Dezernates II vom 18.04.2018 -</i> | |
| 3. | 18-F-21-0007 | ANLAGE |
| | Berechnung der Kapazitäten Bahn und Bus
<i>- Bericht des Dezernates V vom 16.05.2018 -</i> | |
| 4. | 18-F-21-0009 | ANLAGE |
| | Direktverbindung Rheinhessen
<i>- Bericht des Dezernates V vom 24.04.2018 -</i> | |
| 5. | 18-V-04-0001 | DL 25/18-2, 20/18-1 |
| | Wiesbadener sozialgerechte Bodennutzung (WiSoBoN) | |
| 6. | 18-V-04-0002 | DL 25/18-3, 21/18-2 |
| | Stadtplatz | |

7. **18-V-05-0004** **DL 25/18-4, 19/18-1**
Fahrplanwechsel am 09.12.2018
8. **18-V-05-0010** **DL 26/18-2**
Linienführung CityBahn - Theodor-Heuss-Brücke bis Hochschule RheinMain
- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 12.6.2018 -
9. **18-V-05-0011** **DL 25/18-5, 21/18-3**
Bürgermitwirken bei der Vorplanung des Projekts City Bahn
10. **18-V-05-0012** **DL 25/18-6, 21/18-4**
Jahresabschluss 2016 und Wirtschaftsplan 2018 der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH,
Wirtschaftsplan 2018 der CityBahn GmbH für Cluster IV
11. **18-V-34-0001** **DL 25/18-12, 22/18-2**
Standortkonzept für die Altkleidersammlung in der Landeshauptstadt Wiesbaden "Alles aus einer Hand"
12. **18-V-36-0009** **DL 26/18-6, 24/18-1 NÖ, 23/18-2 , 01/18-1**
Renaturierung Wellritzbach 2. BA, Änderung der Grundsatzgenehmigung
13. **18-V-36-0011** **DL 26/18-7, 23/18-3**
Errichtung von 20 Ladesäulen für E-Fahrzeuge durch die ESWE Versorgungs AG
14. **18-V-37-0003** **DL 17/18-3**
Neubau Feuer- und Rettungswache Igstadt - Ausführungsvorlage
15. **18-V-61-0015** **DL 25/18-20, 20/18-2**
Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept Wiesbadener Straße (IEHK)
- Beschluss über das IEHK Wiesbadener Straße nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch -

16. 18-V-63-0002

ANLAGE

Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Gestaltungs- und Denkmalbeirates am 07. März 2018

17. 18-V-66-0104

DL 26/18-18

Zusätzlicher Personalbedarf für die Stabstelle 660001 Werbenutzung, Öffentlichkeitsarbeit und Sonderprojekte bei dem Tiefbau- und Vermessungsamt

18. 18-V-66-0201

DL 25/18-21, 21/18-7

Veilchenweg - Schönaustraße - Einrichten eines Kreisverkehrs mit benutzerfreundlichem Ausbau der Bushaltestellen "Veilchenweg"

19. 18-V-66-0204

DL 25/18-22, 21/18-8

Öffentliche Straßenbeleuchtung, Straßenbeleuchtungsanlagen Neu- und Ersatzbeschaffung in Wiesbaden in den Jahren 2018 und 2019

20. 18-V-66-0308

DL 26/18-19

Bericht über das Ergebnis des Jahresabschlusses 2017 und die Entwicklung des Instandhaltungsbudgets 2018 für die Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Wege, Ingenieurbauwerke)

21. 18-V-66-0309

DL 25/18-23, 21/18-9

Erneuerung von Ingenieurbauwerken in Wiesbaden und AKK

22. 18-V-80-2310

DL 16/18-2 NÖ

Verkauf eines Einfamilienhauses, Hasenspitz 39

23. 18-V-80-2312

DL 19/18-5 NÖ

Verkauf eines Baugrundstücks in Medenbach

24. 18-V-80-2314

DL 26/18-3 NÖ

Verzeichnis der vom 01. Januar bis 31. März 2018 genehmigten Grundstücksgeschäfte

25. 18-V-80-8002

DL 16/18-5

Arbeitsmarktprojekt Spielplatzbetreuung - Fortführung 2019 bis 2021

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Volk-Borowski
Vorsitzender